

WILFRIEDE OTTO (BERLIN)

Zweierlei Geschichtsschreibung? Eine Replik auf Werner Müller

Werner Müller hat für das letzte Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung einen informativen Beitrag verfasst,¹ der mein eigenes Verständnis als Historikerin berührt und mich zu einer Replik veranlasst. Er greift in seinem Beitrag ein Spezifikum der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland auf, das sich aus dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ableitet. Anliegen seines Aufsatzes ist es, heutige historiographische Positionen insbesondere von Historikern der ehemaligen DDR abzutasten und unter bestimmten Gesichtspunkten eine Annäherung »Ost« an »West« zu prüfen. Obwohl sich die Autorin nicht für befugt hält, das Spektrum der neueren historiographischen »Ostliteratur« nach den zur Diskussion gestellten Begrifflichkeiten zu beurteilen und die Rolle eines Schiedsrichters einzunehmen, scheint doch eine Meinungsäußerung dazu nützlich zu sein. Öffentliche Debatten um brisante Themen der Zeitgeschichtsschreibung nach 1945 sind ein Vorzug unserer heutigen Gesellschaft. Sie bestätigen »die Erneuerung der Zeitgeschichte als Streitgeschichte«² sowie den universellen Charakter des Problembündels DDR. Zum anderen greift das historiographische »Fahndungsraster« von Werner Müller Fragen von allgemeinem Interesse auf.

Es ist eine logische Folge des Epochenumbruchs und der Verantwortung, die ehemalige Staatsparteien im östlichen Blocksystem trugen, dass die kritische Aufarbeitung von DDR- und SED-Geschichte durch die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) befragt wird. Schließlich ist die PDS in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus der SED hervorgegangen. Werner Müller bezieht bei seiner Sicht auf die fünf Schwerpunkte »Die Renaissance der DDR-Historiographie«, »Die DDR in der deutschen Geschichte«, »Unrechtsstaat und Diktatur«, »Alltag, Wirtschaft und Akzeptanz« sowie »Ein unzulässiger Vergleich?« unterschiedliche Gremien wie die Historische Kommission beim Partei-

¹ Müller, Werner: Auch nach 1990: Zweierlei Geschichtsschreibung?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2003, S. 243–267.

² Sabrow, Martin: Die DDR zwischen östlichen Abhängigkeiten und westlichen Herausforderungen, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 23.

vorstand der PDS, die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung oder die Alternative Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte ein. Zurückgegriffen wird auf verschiedene Autoren, nicht nur Historiker, denen quasi pauschal »das Bild einer DDR jenseits der Diktatur« (S. 245) unterstellt wird. Im Interesse der angeführten Personen ist deshalb anzumerken, dass sie nicht in jedem Falle der PDS zugeordnet werden können, zum Teil parteipolitisch anders oder gar nicht festgelegt sind. Auch in den neuen Bundesländern erfolgte unter Historikerinnen, Historikern und anderen Geisteswissenschaftlern eine Ausdifferenzierung.³

Stalinismus als analytischer Begriff

Gleich in dem ersten Abschnitt »Renaissance der DDR-Historiographie« (S. 244 bis 249) wird ein direkter Zusammenhang zwischen der Existenz der PDS und so genannter »DDR-Nostalgie« hervorgehoben. Zugleich wird ein Widerspruch zwischen dem Gründungskonsens der PDS von 1989 und ihrer realen Geschichtsaufarbeitung konstatiert. Das fordert nachholende Erklärungen heraus, ohne die noch bestehenden erkenntnistheoretischen Schranken oder andere Blockaden ignorieren zu wollen. Der formulierte Gründungskonsens der PDS (»Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System«⁴) hielt den ersten Ansatz für den Zugriff auf ein komplexes Problem fest. Er lenkte die kritische Sicht auf ein Geflecht von Strukturen, auf die Rechtfertigungsideologie, die Machtkonzentration und den Machtmissbrauch, die Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die politische Entmündigung der Bürger und Kriminalisierung Andersdenkender sowie auf die informationelle Ausgrenzung der SED-Basis.⁵

Einen solchen Anspruch einzulösen, wurde Anliegen einer kritischen Geschichtsbetrachtung und bildete den Schlüssel für die Erneuerung der PDS. Zu erinnern ist, dass es nicht nur um den Gebrauch einer anderen Begrifflichkeit gehen konnte. Das unerbittliche Urteil der Geschichte über das gesamte realsozialistische System insistierte darauf, Prämissen und Sichtweisen gründlich zu überprüfen. Bereits erzielter Forschungsstand, insbesondere in der Bundesrepublik, war aufzuarbeiten; Forschungen in den nun geöffneten Archiven für ein ge-

³ Es scheint mir fern der Wissenschaftsrealität zu liegen, wenn zu Beginn des Beitrages die Akademie der Wissenschaften der DDR und der Ideologiewächter Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED in einem Atemzug und damit gleichsetzend als systemtypische Wissenschaftsinstitute angeführt werden.

⁴ Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 179.

⁵ Siehe ebenda.

sicheres Wissen waren nötig; umzugehen war mit historischen Hypothesen aus der Geschichte des Weltkommunismus. Die Geschichte begann zwar nicht wieder von vorn, aber die betroffenen Historiker mussten beginnen, von neuem in sie hineinzufinden. In diesem Sinne wäre das Wirken der bereits erwähnten Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, die sich im April 1990 konstituiert hatte, zu sehen und nicht als nostalgischer Kurs.

In unzähligen kontroversen Debatten wurde über das Wesen des Stalinismus als System nachgedacht und gestritten. Weitere Strukturen, Kriterien und Bereiche des Stalinismus wurden herausgearbeitet und konkreter befragt. So die Probleme Stalinscher Terror und Verbrechen, zentralistisch-administrative Parteistrukturen und die Rolle der Staatspartei im Zentrum des politischen Systems, die Staatssicherheit als exemplarische Gestalt einer Macht- und Herrschaftsform, strafpolitische Grundsätze der SED, Antidemokratismus, Dogmatismus, Missbrauch originären Gedankengutes von Marx und Engels. In diesen Diskussionen äußerten sich auch einige Zeithistoriker über ihre eigene Rolle sowie über Probleme und Ergebnisse der bisherigen Geschichtsschreibung. Ein Bruch mit dem Stalinismus als System konnte sich in der PDS nur als ein schwieriger und nicht widerspruchsfreier Prozess vollziehen; denn die Konsequenz sollte die Suche nach einem neuen Partei-, Politik- und Selbstverständnis sein.⁶

Erinnert sei an entsprechende thematische öffentliche Konferenzen des Parteivorstandes der PDS und der Historischen Kommission.⁷ Nicht zufällig lautete

⁶ Die lange und heftige Debatte um das neue Programm der PDS bekräftigt, dass das Gründungsverständnis nicht aufgehoben wurde. Im Programm – angenommen im Oktober 2003 – heißt es: »Wir geben uns dieses Programm [...] auch in rückhaltloser Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen wurden, und in Ablehnung jedes Versuchs, mit Mitteln der Diktatur Fortschritt zu erreichen. Uns eint der unumkehrbare Bruch mit der Missachtung von Demokratie und politischen Freiheitsrechten, wie sie in und von nicht wenigen linken Parteien, darunter der SED, praktiziert worden ist [...] Die SED war als herrschende Partei aufgrund der konkreten historischen Bedingungen von Anfang an auf das in der Sowjetunion entstandene Sozialismusmodell und auf Linientreue zur Politik der Sowjetunion fixiert. Sie war weder fähig noch bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher auch schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und Verbrechen.« Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, in: PDS-Pressedienst 2003, Nr. 44/45, S. 2 u. 20.

⁷ Zum Beispiel Gysi, Gregor/Heuer, Uwe-Jens/Schumann, Michael (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Referate und Diskussionsbeiträge auf der Konferenz zum Thema »Die Sicherheitspolitik der DDR, zur politischen Verantwortung der SED und zur Rolle der Staatssicherheit« im Oktober 1991, Hamburg 1992; Bisky, Lothar/Heuer, Uwe-Jens/Schumann, Michael (Hrsg.): Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte. Material der Konferenz »Macht und Emanzipation. Zur Geschichte und Wertung des politisch-rechtlichen Systems der DDR« am 24./25. Oktober 1992, Hamburg 1993; Bisky, Lothar u. a. (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Protokoll der Konferenz am 25./26. November 1995, Berlin 1996.

die Thematik der ersten Konferenz der Historischen Kommission »Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen«, die mit einem öffentlichen Podium für Erlebnisberichte von Opfern des Stalinismus verbunden war.⁸ Zu Gast als Redner war auch der renommierte Kommunismusforscher Hermann Weber, der zu DDR-Zeiten als »Renegat« bezeichnet und als ideologischer Hauptgegner angesehen wurde. Nicht zu Unrecht äußerte Weber seine Überraschung über den fast »inflationären Gebrauch« des ehemaligen Tabu-Begriffs Stalinismus. Damals war der Gebrauch des Stalinismus-Begriffs tatsächlich widersprüchlich zu beurteilen: War die Verwendung ein Befreiungsschlag nach den Debatten im Zuge sowjetischer »Glasnost« und des »Ideologiepapiers« von SPD und SED 1987? Oder sollte er als Schlagwort zum Kaschieren von Verantwortung und weiterer Verdrängung dienen? Das Verständnis Hermann Webers, der Stalinismus als ein »System der Machtkonzentration bei der Führung, der strafen, allumfassenden Diktatur der Hegemonialpartei [...] und im engeren Sinne [als] eine Willkürherrschaft, ein System der Repressalien, der Säuberungen und des Personenkultes«⁹ definiert, regte konzeptionell an und inspirierte entsprechende Forschungen.

Die Bereitschaft der PDS, herausragende historische Probleme, die auch Anlass zu aktuell-politischen Kontroversen boten, in einem gemeinsamen Ost-West-Diskurs zu erörtern, wurde aufgrund der politischen Atmosphäre lange Zeit nicht angenommen. Dennoch entwickelte die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 1995/96 zahlreiche Kontakte. Veranstaltungen boten spannende Diskussionen.¹⁰ Aus Anlass des 50. Jahrestages der SED-Gründung standen Historiker aus Ost

⁸ Vgl. Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991.

⁹ Ebenda, S. 31.

¹⁰ Veranstaltung zum Thema »Auf dem Weg zur SED« u. a. mit Harald Hurwitz am 7. Februar 1995; Diskussion zum Thema »SPD und PDS im Gespräch« u. a. mit Horst Heimann und Thomas Krüger am 3. März 1996; Veranstaltung zum Thema »50 Jahre Vereinigung von KPD und SPD« mit Wolfgang Leonhard im März 1996; Diskussion zum Thema »Wende nach der Wende? Chancen für eine neue Politik« u. a. mit Egon Bahr am 2. Dezember 1996; Veranstaltung zum Thema »Kuriere – Spitzel – Spione« u. a. mit Wolfgang Buschfort am 1. Oktober 1997; Veranstaltung zur Vorstellung des Buches Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000 mit Wolfgang Leonhard am 27. November 2000; Küchenmeister, Daniel (Hrsg.): Der Mauerbau. Krisenverlauf – Weichenstellung – Resultate. Protokoll der Konferenz zum Thema »Der Mauerbau. Eine einvernehmliche Krise?« am 29./30. Mai 2001, Berlin 2001; Vorstellung der Erinnerungen von Hermann Weber (Weber, Hermann: Damals als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule »Karl Marx« bis 1949, Berlin 2002) mit Hermann und Gerda Weber am 28. Oktober 2002; Internationale Konferenz zum Thema »Der Tod des Diktators« am 5. März 2003; Kolloquium zum Thema »Zu Konsens und Widerspruch in der Historiographie zur Geschichte der DDR nach 1990« am 28. November 2003.

und West in einem heftigen und dennoch sachlichen Streitgespräch, das Korrekturen überholter Geschichtsbilder und notwendige Schlussfolgerungen begünstigte.¹¹ Herausfordernd, streitbar und konstruktiv gestaltete sich die Mitarbeit in den Enquete-Kommissionen der 12. und 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zur DDR-Vergangenheit sowie deren Folgen im Prozess der deutschen Einheit (1992-1998).¹² Von Seiten der PDS begleiteten die elf Sammelbände *Ansichten zur Geschichte der DDR* die Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Enquete-Kommissionen. Dies spricht für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der Allmacht der SED.¹³

Auch Werner Müller bezieht sich bei seinem ersten Schwerpunkt auf Beiträge in diesen Bänden. Sein kritischer Reflex gilt Stellungnahmen, die eine objektive und differenzierte Bewertung der DDR-Geschichte anmahnen und deren Verkürzung auf eine ausschließliche Interpretation als »Repressionsstaat« (S. 246) ablehnen.¹⁴ Die Tatsache muss jedoch im Kontext der Tätigkeit der ersten Enquete-Kommission (1992 bis 1994) betrachtet werden, als ein politisch instrumentalisierter Zugang zur Geschichte der DDR dominierte. Die PDS hat dazu im Mai 1994 ein achtzigseitiges Sondervotum eingereicht.¹⁵ Werner Müller hat indirekt eine Gretchenfrage aufgeworfen, die bis heute zum Dialog reizt und nicht nur auf das »Findelkind« DDR-Geschichte (Martin Sabrow) zutrifft: Welche Zusammenhänge nationalen, blockgeschichtlichen und europäischen Charakters sind für die Interpretation des unabwendbaren Scheiterns des staatssozialistischen Systems zu erschließen und zueinander in Beziehung zu setzen? Irritierend ist für die Auto-

¹¹ Vgl. Klotz, Johannes (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluss von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Heilbronn 1996; Faulenbach, Bernd/Potthoff, Heinrich (Hrsg.): Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung, Protokoll des Forums der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD zum Thema »Einheit oder Freiheit. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und ihre Folgen« im März 1996, Essen 1998.

¹² Vgl. Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 9 Bde., Baden-Baden 1995; Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 8 Bde., Baden-Baden und Frankfurt a. M. 1999.

¹³ Vgl. Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag bzw. der PDS-Bundestagsgruppe Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert bzw. der PDS-Bundestagsgruppe Elm, Ludwig/Keller, Dietmar und Mocek, Reinhard. 11 Bde., Bonn/Berlin/Eggersdorf 1993–1998.

¹⁴ Hier beziehe ich mich ausdrücklich nur auf die erwähnten Personen Dietmar Keller und Manfred Kossok.

¹⁵ Vgl. Minderheitenvotum zum Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« vom Mitglied der Kommission Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste), in: Ansichten zur Geschichte der DDR (Anm. 13), Bd. 4, S. 9–86.

rin, warum dem Anfang 1993 verstorbenen Historiker Manfred Kossok Subjektivismus unterstellt wird, weil er sich gegen vorgefasste Verdikte wandte,¹⁶ und warum Standpunkte eines Historikers von 1999 eingeführt werden, der nicht zur Autorengruppe der Bände *Ansichten zur Geschichte der DDR* zählte? Kritische Sichten aus PDS-Reihen wie das Votum zum Schlussbericht der zweiten Enquete-Kommission 1998 treten zurück. Neben dem Hinweis auf die Haltung der PDS-Bundestagsgruppe zum Diktaturenvergleich (S. 265), über den noch zu reden sein wird, ist aus dem Votum des PDS-Vorstandes auch folgende Einschätzung beachtenswert: »Sachverständige und Zeitzeugen waren bemüht, zu einer differenzierten Beurteilung des vergangenen deutschen Staates beizutragen. Das betrifft insbesondere die Wirtschafts- und Umweltpolitik, die internationale Politik, bestimmte Züge der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, erhebliche Defizite an politischen Rechten und persönlichen Freiheiten, die politische Repression und Verfolgung sowie die systembedingte Ineffizienz und Reformunfähigkeit der DDR. Die PDS bezieht diese Ergebnisse in ihren kritischen und selbstkritischen Umgang mit der Geschichte der SED und der DDR ein.«¹⁷

Obgleich Werner Müller der PDS nicht pauschal unterstellt,¹⁸ keine Geschichtsarbeit geleistet zu haben, entfällt beim Suchen nach so genannten Begriffsblockaden doch manches Ergebnis, was zum Beispiel der britische Historiker Stefan Berger durchaus als zweite oder alternative historische Kultur registriert hat.¹⁹ Aufzählen ließ sich eine Reihe von Publikationen, die sich konkret-historisch mit der Stalinismus-Problematik befassten und zu verschiedenen Geschichtsfeldern neue Forschungsergebnisse vorlegten.²⁰ Stellungnahmen der His-

¹⁶ Vgl. Kossok, Manfred: Im Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit oder Umgang mit Geschichte, in: *Ansichten zur Geschichte der DDR* (Anm. 13), Bd. 1, S. 10–26.

¹⁷ Gemeinsame Erklärung des Parteivorstandes und der Bundestagsgruppe der PDS zum Schlussbericht der Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestages, in: *Ansichten zur Geschichte der DDR* (Anm. 13), Bd. 11, S. 9.

¹⁸ Im Unterschied dazu erklärte der Politologe Patrick Moreau im Juli 2003 in Freiberg, dass sich die Geschichtsarbeit in der PDS »seit ungefähr zehn Jahren nicht mehr weiterentwickelt« hätte. Vgl. Zutiefst anti-demokratisch, in: *Der Stacheldraht* 8 (2003), H. 7, S. 6.

¹⁹ Vgl. Berger, Stefan: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50 (2002), H. 11, S. 1016–1034. Vgl. auch Eckert, Rainer: Triumph über die Diktatur oder Verschleierung der Vergangenheit? Zwölf Jahre Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur. Eine vorläufige Bilanz, in: *Horch und Guck* 39 (2002), H. 3, S. 23–27.

²⁰ Zum Beispiel Autorenkollektiv: *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*, Berlin 1991; Ruge, Wolfgang: *Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte*, Berlin 1991; Lozek, Gerhard: *Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was?* Hrsg. vom Verein Helle Panke e.V. (= Klartext 1993, H. 4), Berlin 1993; Bollinger, Stefan: *Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance*, Berlin 1995; Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997; Reuter, El-

torischen Kommission setzten sich mit SED-Legenden zu zäsurprägenden historischen Einschnitten wie zur Gründung der SED 1946, zum 17. Juni 1953 und zum Bau der Mauer 1961²¹ auseinander und gingen mit Diskussionen sowie politischen Erklärungen des PDS-Parteivorstandes einher.²² Regionale parteinahe Vereine widmeten sich in Schriftenreihen mit bescheidenem Layout durchaus brillanten historischen Themen und pflegten einen bemerkenswert freien Umgang mit Autoren, die nicht alle einem PDS-Kreis zugeordnet werden können.²³

Meinungsunterschiede sind wohl zwischen vielen Historikern und nicht nur unter denjenigen aus der ehemaligen DDR zu registrieren. Zudem, die PDS möchte sich nicht (wie zu SED-Zeiten) auf ein verbindliches Geschichtsbild fixieren, sondern für ein Geschichtsverständnis mit Meinungspluralismus sensibilisieren, ohne in Beliebigkeit zu verfallen.²⁴ Dafür enthält die PDS-Programmatik

ke/Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997; Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Berlin 1999; Fuchs, Günther u. a. (Hrsg.): »Brüsseler Konferenz« der KPD von 1935, Berlin 2000 (CD-Rom); Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschechisten, Berlin 2000; Badstübner, Evemarie: Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000; Stephan, Gerd-Rüdiger u. a. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002; Bock, Helmut: Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983–2000, Berlin 2002; Bollinger, Stefan/Vilmar, Fritz (Hrsg.): Die DDR war anders. Kritische Würdigung ihrer wichtigen sozialkulturellen Einrichtungen, Berlin 2002; Neubert, Harald: Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen, Hamburg 2002; Reuter, Elke u. a. (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation, Berlin 2003; Otto, Wilfriede: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003; Prokop, Siegfried: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003; Hofmann, Jürgen/Neumann, Annette (Hrsg.): Die Klasse in Aufruhr. Der 17. Juni 1953 in Berliner Betrieben. Dokumente, Berlin 2003; Hedeler, Wladislaw (Hrsg.): Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen, Berlin 2003; ders.: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung. Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch, Berlin 2003.

²¹ Zum Zusammenschluss von KPD und SPD 1946 (November 1995); Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Zum Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit (März 1999); Erklärung zum 55. Jahrestag der Gründung der SED (April 2001); Erklärung zum 40. Jahrestag der Berliner Mauer (Juni 2001); Der 17. Juni 1953 – eine spontane Arbeitererhebung (April 2003).

²² PDS und Prager Frühling 1968–1998, anlässlich der 30. Wiederkehr der militärischen Intervention von Staaten des Warschauer Vertrages in die ČSSR (August 1998); Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit, Erklärung zum 13. August 1961 (Juli 2001); Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft, zum 50. Jahrestag des 17. Juni (Mai 2003).

²³ Zum Beispiel publizierte der Verein Helle Panke e. V. in Berlin von 1992 bis 2003 173 Hefte, darunter 84 Hefte zur DDR-Geschichte.

²⁴ Vgl. Die weitere Gestaltung der Arbeit der Historischen Kommission beim Parteivorstand. Beschluss des Parteivorstandes vom 2. Juli 2001, in: PDS-Pressedienst 2001, Nr. 28, S. 3 f. Konsens und Dissens in der PDS werden auch im Streit um Geschichtsfragen weiter leben, zumal sich die PDS als pluralistische Partei an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie

gewisse Rahmenbedingungen. Insofern erinnert Werner Müller nicht ganz zu Unrecht an die Publikation *Halbherziger Revisionismus* von 1996.²⁵ Aber nicht eine Art »DDR-Nostalgie« ist befürwortet worden, sondern die Historische Kommission erinnerte in diesem Zusammenhang an einen eigenen »linken Revisionsbedarf«. »DDR-Nostalgie«, die bei Umfragen heute eher als »Sehnsucht nach der DDR ohne DDR« verstanden wird, wurzelt besonders in sozialen Problemen wie auch in der Abwehr einseitiger, verächtlich machender Geschichtsbilder. Die umfangreiche Abwicklung und Ausgrenzung von DDR-Wissenschaftlern, die Werner Müller antippt, rief zwar persönliche Verstimmung und Ideologisierung hervor, zumal manche keine erkennbare persönliche Schuld herausfanden, mutierte aber nicht zur »Triebkraft« für »DDR-Nostalgie«.

Die Debatte über die Legitimität der DDR

Bei seinem Schwerpunkt »Die DDR in der deutschen Geschichte« (S. 249-253) versucht Werner Müller am Beispiel mehrerer Autoren zu demonstrieren, wie eine »Legitimität« beziehungsweise »Legitimation« der DDR begründet wird. Dabei stützt er sich auf Zitate, die Wertungen zur Deutschlandpolitik der vier Großmächte, zum Traditionsverständnis und zum Antifaschismus der SED enthalten. In Bezug auf die Deutschlandpolitik der vier alliierten Großmächte ist m. E. schlichtweg das Faktische nach dem Sieg der Alliierten über den Hitlerfaschismus in Europa zur Kenntnis zu nehmen. Ohne deutsche Belange gänzlich auszuklammern, wurde doch die Gründung der beiden deutschen Staaten von den Interessen der vier Besatzungsmächte beziehungsweise von den Besatzungsorganen, die zugleich mit administrativ-staatlichen Hoheitsrechten ausgestattet waren, dominiert. Wenngleich es unter den Menschen in der SBZ Ängste vor der Sowjetunion gab, die aus dem nazistischen Feindbild und Nachkriegsfolgen resultierten, und die Herrschaft der SED nur durch die Besatzungsmacht gesichert werden konnte, war es mit Blick auf die UdSSR als eine der alliierten Mächte mit einem entscheidendem Anteil am Sieg durchaus konsequent, sich nach der gegründeten Bundesrepublik für die Proklamation der DDR zu entschließen. Sowohl in der sowjetischen Besatzungszone als auch in den westlichen Besatzungszonen waren Vorbereitungen für die Bildung staatlicher Organe vorausgegangen.

und Religion gebunden fühlt, mit demokratischen Mehrheiten entscheidet und Minderheiten ihre Überzeugungen im Rahmen der Programmgrundsätze vertreten können. Vgl. Programm der PDS (Anm. 6), S. 21.

²⁵ Vgl. Eckert, Rainer/Faulenbach, Bernd (Hrsg.): *Halbherziger Revisionismus*. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996.

Selbstverständlich ist historisch als Fakt zu konstatieren, dass die SED die Legitimität der DDR auch aus Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung u. a. humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte ableitete sowie mit Lehren aus der deutschen Geschichte begründete. Politik und Herrschaftsansprüche historisch zu legitimieren, ist allerdings ein systemindifferentes Projekt. Für das Konzept der SED wäre dennoch festzuhalten, dass es sowohl berechnete als auch anmaßende und missbräuchliche Elemente enthielt, insbesondere das vermeintliche Recht auf eine allein herrschende Staatsideologie.

Das aufgeworfene Problem Antifaschismus wurde allerdings für alle europäischen Völker, so auch für Menschen in den Besatzungszonen Deutschlands bis in das Bürgertum hinein, zu einem Erbebestandteil im Sinne einer Abkehr von der Vergangenheit und des Suchens nach Neuem.²⁶ Der Zweite Weltkrieg und die enthüllten nazistischen Massenverbrechen hatten Entsetzen ausgelöst. Die Maßnahmen der Besatzungsmächte zur Entnazifizierung im Bildungswesen und zur Umerziehung – so unterschiedlich sie waren – unterstreichen, dass es in allen vier Zonen einen »verordneten« Antifaschismus gab und geben musste.

Unter diesen Rahmenbedingungen konnte auch Stalinismus, antifaschistisch drapiert, exportiert beziehungsweise importiert werden. Doch selbst staatsgewordener Antifaschismus vermochte es nicht, positives Erbe und eigenen Gestaltungswillen völlig aufzuheben. Ambivalenzen und Antagonismen im Antifaschismusverständnis der SED wurzelten in der Geschichte der Zwanzigerjahre wie in den neuen politischen Realitäten nach 1945. Kritische Rückschau und ein Neubefragen sind natürlich notwendig.²⁷ So wäre an positive wie negative Erbteile aus der Geschichte der KPD und der Komintern (Vielfrontenkampf mit wechselnden Schwerpunkten)²⁸ zu erinnern. Antifaschismus in der DDR war jedoch nicht nur Aushängeschild, sondern nahm einen festen politischen und moralischen Platz ein. Er wurde allerdings unterlaufen durch Herrschaftslegitimierung der SED, Elemente des Stalinismus, Verdächtigungen gegen Westremigranten, eine diskriminierende Werteskala im Umgang mit Opfergruppen des Naziterrors und durch Missbrauch für Zwecke des Kalten Krieges. Wie aus dem erzählerischen Werk von Peter Weiss *Ästhetik des Widerstands* aufzunehmen ist, schließen sich Antifaschismus und Stalinismus gegenseitig aus. Ein Diskurs darüber müsste

²⁶ Vgl. Furet, Francois: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, 2. Aufl. München/Zürich 1999, S. 457–469, hier S. 464.

²⁷ Die in der Propaganda durchgehaltene Fixierung vor allem auf einen kommunistischen Antifaschismus wurde in der Geschichtsschreibung im Wesentlichen seit 1969 durchbrochen. Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, Bd. 1, S. 395.

²⁸ Vgl. Kinner, Klaus: Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe, in: Kinner, Klaus/Richter, Rolf (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimension, Berlin 2000, S. 45–51.

deshalb den unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Motivationen für Antifaschismus folgen und mit einer Auseinandersetzung um Stalinismus verknüpfen.²⁹

Evident für die Legitimitätsfrage war, dass die DDR 1949 nicht aus regulären Wahlen hervorging. Auf Druck und mit doppeltem Spiel des Politbüros der SED wurde 1950 im Demokratischen Block eine Grundsatzentscheidung erzwungen. Bei den Wahlen 1950 traten die Parteien nicht nach dem Prinzip selbständiger Wahllisten an, sondern alle Kandidatenvorschläge wurden auf einer einheitlichen Liste der Nationalen Front zusammengeführt und danach gewählt. Erinnerungen an die Parteiendemokratie der Weimarer Republik, der bewusste Neuansatz mit der Nationalen Front unter Einschluss parlamentarischer Möglichkeiten für gesellschaftliche Organisationen begünstigten relative Akzeptanz und verbrämen das eigentliche Ziel der SED – die Machtsicherung. Negierter verfassungsrechtlicher Wählerwille (allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen), Mechanismen der Wahlvorbereitung und Abstimmung sowie der »SED-Wahlsieg« bündelten ein Demokratiedefizit für die DDR. Diese Weichenstellung zur Norm zu erheben, die bis zum Ende der DDR gültig blieb, wurde zum Schlüsselproblem. Hierin sieht die Autorin den Bezug zu dem angeführten Zitat Hermann Webers: »Der Grunddefekt des SED-Regimes war von Anfang bis Ende das Fehlen einer demokratischen Legitimation«. (S. 253)³⁰ Doch der »Fall« DDR war – trotz Variationen zur UdSSR und zwischen Staaten des herkömmlichen Sozialismus – nur die Exemplifikation für systeminterne Wesenszüge. Insbesondere daraus leiteten sich von Anfang an für alle diese Staaten Legitimierungsprobleme ab.

²⁹ Vgl. Otto, Wilfriede: Zur politischen, historischen und ethischen Verpflichtung der PDS im Umgang mit Gedenkstätten doppelter Vergangenheit, in: Ansichten zur Geschichte der DDR (Anm. 13), Bd. 9/10, S. 550–587; Bramke, Werner: Antifaschistische Tradition und aktueller Antifaschismus, in: Kinner/Richter: Rechtsextremismus (Anm. 28), S. 8–13; Richter Rolf: Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus, in: Kinner/Richter: Rechtsextremismus (Anm. 28), S. 14–44, hier S. 17; Plener, Ulla: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003.

³⁰ Vgl. Otto, Wilfriede: Grundzüge der Entwicklung des politischen Systems in der DDR (1949 bis 1989/1990), in: Stephan: Die Parteien und Organisationen (Anm. 20), S. 46–77; Otto, Wilfriede: Verfassungsdebatte und Verfassung der DDR 1968 – Ein Kernstück für relative Identifikationsmöglichkeiten und endgültigen Abbruch, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster u. a. 2003, S. 151–177. Die Auffassung über das benannte grundsätzliche Demokratiedefizit in der DDR teilt auch der kritisch erwähnte Historiker Rolf Badstübner, der bereits vor dem Umbruch in der DDR 1989 zu den Kritikern des Stalinismus gehörte.

Zu den Schlagworten Unrechtsstaat und Diktatur

Mit seinem dritten Schwerpunkt »Unrechtsstaat und Diktatur« (S. 254-259) verführt Werner Müller unwillkürlich zu Reflexionen von Margret Boveri, dass totalisierte Teilwahrheiten »den Blick auf die Vielfalt und die unaufhebbare Gegensätzlichkeit in der Gesamtheit der Wahrheiten«³¹ verstellen. Ein gemischter Autorenkreis von Juristen, Philosophen, Politik- und Wirtschaftswissenschaftlern sowie Historikern, in dem jeder einen eigenen methodischen Zugang zur Geschichte hat, wird zum Thema Unrechtsstaat zitiert. Das widersprüchliche Resümee zwischen Benennung von gravierenden Defiziten in der DDR und Abwehr der Bezeichnung Unrechtsstaat veranlasst Werner Müller zu der Frage nach dem »Warum?«. Dieser grundsätzliche Befund von ihm stimmt und es ist so, dass selbst Wissenschaftler mit kritischem bis sehr kritischem Blick auf die Vergangenheit das Schlagwort nicht benutzen, wozu sich auch die Autorin rechnet. Die Begründungen dafür sind vielfältig.³² Die Autorin konzentriert ihren Standpunkt darauf, dass es sich um keinen wissenschaftlichen Begriff handelt und er sich jeder juristischen Fixierung entzieht. Weder im staats- noch im völkerrechtlichen Sinne ist eine solche Begrifflichkeit üblich und ihre analoge Anwendung auf andere Staaten wäre anmaßend. Zudem war die Existenz von zwei deutschen Staaten mit gegensätzlichen politischen und rechtlichen Systemen sowie mit einer gegeneinander territorial abgegrenzten Staatlichkeit (auch in Verträgen) eine unbestreitbare Tatsache. Die Bezeichnung Unrechtsstaat ist eine moralisierende beziehungsweise moralische Kategorie, die als solche generell nicht in die Geschichte gehört; als Wortschöpfung unserer Zeit ist sie vordergründig ein politisches Schlagwort gegen die DDR.

Sich auf die erwähnten Kriterien zu verstehen, schließt nicht aus, sich zu dem in der DDR vollzogenen Bruch mit zivilisatorischen Traditionen der Rechtsstaatlichkeit (Ablehnung der Gewaltenteilung, des Parlamentarismus und des Pluralismus, politische Instrumentalisierung des Rechts) kritisch zu verhalten und politisch-ideologisch motiviertes Unrecht – in rigiden und subtilen Formen – zu verurteilen. Wenngleich die offizielle Charakteristik der DDR als Diktatur des Proletariats oder als Arbeiter- und Bauern-Staat keinen Bestand hatte, so war die DDR doch nicht nur ein »Repressionsstaat«, sondern ihrem Wesen nach eher ein »vormundschaftlicher Staat«,³³ der selbst sowjetischer Vormundschaft unterstand. Staatliche Verantwortung für eine friedliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der DDR verknüpfte sich zugleich mit Verhältnissen der Administration, Entmündigung und Unterwerfung der Bürger.

³¹ Boveri, Margret: Der Verrat im 20. Jahrhundert, Hamburg 1957, Bd. 3, S. 8.

³² Vgl. Schöneburg, Volkmar: Unrechtsstaat DDR?, in: Bisky: Die PDS (Anm. 7), S. 334–346.

³³ Vgl. Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat, Leipzig/Weimar 1990.

Auch zu dem Begriff Diktatur sucht Werner Müller Stellungnahmen von Historikern u. a. Wissenschaftlern auf. Benannt ist ein Kreis, der sich seit Anfang der Neunzigerjahre wesentlich im Konsens bewegt.³⁴ Er stimmt in der politisch-theoretischen Kritik eines totalitär-bürokratischen politischen Systems der SED-Herrschaft überein und benutzt, wissenschaftlich begründet, u. a. auch den Begriff Diktatur oder autoritäre Vorherrschaft einer stalinistisch strukturierten Partei.³⁵ Das geschieht in Kenntnis der Diskussionen um Varianten des Begriffs (Entwicklungsdiktatur, Erziehungsdiktatur, Fürsorgediktatur, Konsensdiktatur), was die Dringlichkeit gründlicherer Forschungen unterstreicht. Obwohl auch eine totalitäre oder politbürokratische Organisation der Gesellschaft anerkannt wird, kann der Begriff Diktatur dennoch keine einheitliche Qualifizierung aller gesellschaftlichen Bereiche über vier Jahrzehnte DDR erfassen.

Der zuletzt ausgesprochene Gedankengang ist direkt mit dem vierten Schwerpunkt von Werner Müller »Alltag, Wirtschaft, Akzeptanz« (S. 259-265) verknüpft, mit dem er Ausführungen zur Alltagsgeschichte in der DDR aus den Bänden *Ansichten zur Geschichte der DDR* aufgreift.³⁶ Aufgeworfen werden zwei Fragen: Ob Alltags- und Mentalitätsgeschichte von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abstrahiert werden könnten? Auf welchen Rückhalt die DDR in ihrer Bevölkerung zählen konnte? Zu beiden Fragen, besonders zur ersten, unterbreitet Corey Ross im gleichen Band ein interessantes Diskussionsangebot.³⁷ Die Frage nach dem Rückhalt der DDR bei ihren Bürgern ist berechtigt. Bemessen auf vier Jahrzehnte und für zirka 12 Millionen Erwachsene ist es eine

³⁴ In diesem Sinne verstehen sich auch andere Autoren.

³⁵ Sowohl unter Walter Ulbricht als auch unter Erich Honecker wurde für die Herrschaftsverhältnisse in der DDR der Begriff Diktatur des Proletariats verfremdet gebraucht. Im Wesentlichen blieb es bei der Charakteristik »sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern« bzw. bei der Mischung »sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern als eine Form der Diktatur des Proletariats«, welche die Rolle der SED und besonders ihres Politbüros im Zentrum des politischen Systems sowie die angewandten diktatorischen Mittel und Methoden verschleierte.

³⁶ Zu der erwähnten Literatur über die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR wären hinzuzufügen Behrens, Fritz: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992; Roesler, Jörg: Die Wirtschaft der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2002; Wenzel, Siegfried: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Zum Produktivitäts- und Effektivitätsvergleich der BRD und der DDR (= hefte zur ddr-geschichte, H. 52), Berlin 1998; Ders.: Erfahrungen aus dem Sozialismusversuch in Europa, in: Utopie kreativ 2001, H. 133, S. 1021–1037; Ders.: Zum gescheiterten Sozialismusversuch in Europa. Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus wirtschaftspolitischer Sicht (Pankower Vorträge), Berlin 2002; Nick, Harry: Gemeinwesen DDR. Erinnerungen und Überlegungen eines Politökonomen, Hamburg 2003.

³⁷ Vgl. Ross, Corey: Zwischen politischer Gestaltung und sozialer Komplexität – Überlegungen zur Debatte über die Sozialgeschichte der DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2003, S. 140–164; vgl. auch Lindenberger, Thomas: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand von »Gesellschaftsgeschichte«, in: Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S. 239–245.

der komplexesten und schwierigsten Fragen, die sich nicht in wenigen Sätzen beantworten lässt. Zudem ist die Frage nach den Maßstäben offen, die anzulegen wären. Obgleich über Teilstrecken bestimmte Seiten des sozialen und kulturellen Alltags Zuspruch fanden, fehlen für die DDR dennoch wichtige Indikatoren wie freie Wahlen mit konkurrierenden Parteien oder die Reisefreiheit. In Betracht gezogen werden müssen der Aufstand vom Juni 1953, die Massenflucht bis 1961 (fast 2,5 Millionen Bürger), die Existenz der Berliner Mauer und des verschärften Grenzregimes seit 1961, die Tote (756 Bürger nach dem 13. August – darunter 16 Angehörige der Grenztruppen; nicht zu vergessen die 160 Toten vor 1961, darunter 11 Angehörige der Grenztruppen) und Verhaftungen (es gab mindestens 20 000 versuchte Grenzdurchbrüche von DDR-Bürgern) zur Folge hatten, sowie Mentalitätswandel, Opposition und Widerstand.³⁸ Bei der Frage nach kritischen, oppositionellen Potentialen wäre insbesondere das Herrschaftsgebaren der SED als Ursache zu hinterfragen, wie es sich u. a. in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre und in der friedlichen Revolution 1989 widerspiegelte.

Der totalitarismustheoretische Ansatz

In seinem letzten Schwerpunkt »Ein unzulässiger Vergleich?« (S. 265-267) spricht Werner Müller den Diktaturenvergleich an. Bei seiner Herausforderung, mit der er zuerst direkt auf die PDS zugeht, ist nicht sicher auszumachen, welche Normen er für einen solchen Vergleich setzt, ob pauschal auf eine enge Totalitarismusversion verpflichtet werden soll? Obwohl einige Vertreter in der PDS einen Diktaturenvergleich nicht grundsätzlich ablehnen, stößt ein totalitarismustheoretischer Ansatz mehrheitlich auf Ablehnung. Historisches Gedächtnis hat den politischen Appell registriert, der auf dem 15. Richtertag im September 1991 in völliger Ignoranz der von der Nazidiktatur ausgelösten Katastrophen im eigenen Land, in Europa und in der Welt ausgesprochen wurde. Verkündet wurde, das »SED-Regime zu delegitimieren«, das unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufgebaut hätte, »der in weiten Bereichen so schrecklich war wie das faschistische Deutschland«.³⁹

³⁸ Dieser Einschnitt wird auch von einem zunehmenden innerparteilichen Kritikverhalten in der SED markiert. Vgl. Otto, Wilfriede: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Klein, Thomas/Otto, Wilfriede/Grieder, Peter: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2. überarb. Aufl. Frankfurt (Oder) 1997, S. 137–561, hier S. 426–437 u. 505–507.

³⁹ Kinkel, Klaus: 15. Deutscher Richtertag. Begrüßungsrede 23. 9. 1991, in: Deutsche Richterzeitung 70 (1992), H. 1, S. 5.

Die Autorin hat sich 1999 in einer öffentlichen Debatte in Annäherung an die ausgewogene Sicht Hannah Arendts selbst positioniert.⁴⁰ Sie erinnert hier an die legitime Methodenvielfalt, die in der Geschichtswerkstatt praktiziert wird. Nicht übersehen werden darf, dass sich der totalitarismustheoretische Ansatz durchaus nicht engstirnig auf NS-Diktatur und DDR-Diktatur beschränkt, sondern auch andere historische Traditionen vergleichend einbezieht, verschiedene Versionen in Bezug auf Kriterien, Methoden und strukturelle Elementen zulässt.⁴¹ Zum anderen bedeutet der Umgang mit der komparatistischen Methode, nach den Gegensätzen, Unterschieden, Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zu fragen und eine Schlussdiagnose zu stellen. Demgegenüber gerät manche Sicht gezielt oder unbewusst zum Gleichsetzungsverdikt, wenn in einem Atemzug von »zwei totalitären Diktaturen« die Rede ist.

Der am Schluss von Werner Müller angeführte Katalog von Schwerpunkten, zu denen sich »PDS-Historiographie« angeblich nicht oder selten geäußert hätte, bis hin zum Stichwort Stalinismus, konnte durch meine Replik vielleicht etwas relativiert werden.⁴² Der Begriff Stalinismus ist unter den erwähnten Autoren durchaus ein Diskussionspunkt. Erörtert werden vergleichende historisch-theoretische Rückgriffe auf Marx, Engels und Lenin sowie das Problem der Strukturierung historischer Prozesse; Begrifflichkeiten für den Kommunismus als Idee, Bewegung und Realität und die Unterschiede zwischen originären Inhalten und stalinistischer Sinngebung. Letztlich interessieren Sozialismus und Kommunismus als terminologische Fragen und die Bipolarität von kommunistischer Staatspartei und Realsozialismus.

Sachlicher Streit um DDR-Geschichte sollte Annäherungen, die es bei konkreten historischen Tatbeständen tatsächlich gibt, einschließen, offen für neue Forschungsergebnisse sein und Meinungspluralismus zulassen. Einen sinnvollen Denkanstoß über den deutschen Spezialfall hinaus sieht die Autorin in der Feststellung von Bernd Faulenbach: »Multiperspektivität in der Betrachtung der DDR scheint möglich und nötig, was allerdings bedeutet, dass sich die verschiedenen

⁴⁰ Vgl. Otto, Wilfriede: Unbequemem darf nicht ausgewichen werden, in: Neues Deutschland vom 19. Februar 1999; Hedeler, Wladislaw: Stalinismusdebatte als Parteidebatte, in: Neues Deutschland vom 19. März 1999.

⁴¹ Vgl. Kailitz, Steffen: Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung, in: Jesse, Eckhard/Kailitz, Steffen (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 219–250; Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte, Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen (Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2003.

⁴² Zur Kritik an fehlenden Untersuchungen zum Ende der DDR sei ergänzt, dass aus finanziellen Gründen erst 2004 folgende seit langem abgeschlossene Publikation erschienen ist: Bollinger, Stefan (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004.

Positionen ihrer Partikularität bewusst sind. Nicht legitim – jedenfalls auf der Basis des Wertesystems des Grundgesetzes – ist jedoch eine Sicht, die die terroristische bzw. repressive Komponente der DDR bagatellisiert oder wegeskamotiert: sie missachtet die Opfer. In der Gegenwart geht es darum, die vielfältigen Erfahrungsgeschichten zu berücksichtigen und mit den durch Auswertung der riesigen Quellenbestände gewonnenen Erkenntnissen zu einem realistischen multiperspektivischen Bild der DDR-Geschichte im Kontext der deutschen und der europäischen Geschichte zu verknüpfen.«⁴³

⁴³ Faulenbach, Bernd: Nur eine »Fußnote der Weltgeschichte«? Die DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Eppelmann/Faulenbach/Mählert: Bilanz und Perspektiven (Anm. 37), S. 22.